

Gerald Brettner-Messler

Territorialkonflikte im Ost- und Südchinesischen Meer – Sicherheitspolitischer Sprengstoff für Ostasien

Die Spannungen zwischen China und Japan im Konflikt um die Senkaku- (japanisch) bzw. Diaoyu-Inseln (chinesisch) haben seit November 2013 deutlich zugenommen. Der Streit ist brisant, weil sich wirtschaftliche Interessen mit nationalem Prestige vermengen: eine sicherheitspolitisch gefährliche Mischung. Im Ostchinesischen Meer werden große Öl- und Gasvorkommen vermutet, das Fischvorkommen ist für die Ernährung wichtig und die Kontrolle des Seewegs nach/von China bzw. Japan ist von weltweiter wirtschaftlicher Bedeutung. China wie Japan sind auf Importe von Öl und Gas angewiesen, strategisch ist daher ein Maximum an Eigenversorgung nötig.

Der Streit um die Inseln ist historisch begründet. Nach dem chinesischen-japanischen Krieg von 1895 fielen die Inseln an Japan, 1971 wurden sie von den USA, die sie seit dem Zweiten Weltkrieg kontrolliert hatten, wieder an Japan gegeben. In den letzten Jahren wurde der Streit um die Zugehörigkeit immer heftiger. Chinas (militärische) Macht und damit sein Selbstbewusstsein sind gestiegen, Japan gibt sich allerdings um nichts weniger selbstbewusst. Waren es zunächst noch Zwistigkeiten wegen Fahrten von chinesischen Aktivisten und Fischern in den Gewässern um die Inseln, sind es nun die beiden Streitkräfte, die in dem umstrittenen Gebiet die jeweiligen nationalen Ansprüche demonstrieren.

China definierte im November 2013 eine „Luftverteidigungsidentifikationszone“ (air defence identification zone), in der sich Flugzeuge nur nach vorhergehender Meldung an die chinesischen Behörden aufhalten dürfen. Fliegen sie ohne Identifizierung, müssen sie von chinesischer Seite mit „Notfallmaßnahmen zur Verteidigung“ rechnen. Das Gebiet ist an sich internationaler Luftraum, die Luftsicherheitszone dient dazu, das Eindringen von unerwünschten Luftfahrzeugen in den hoheitlichen Luftraum rechtzeitig zu verhindern. Chinas Nachbarn Japan und Südkorea verfügen wie auch die USA (und andere Staaten) ebenfalls über eine solche Zone. Der markante Unterschied ist, dass Japan nicht mit Sanktionen droht, wenn Flugzeuge nicht gemeldet werden. Für die USA ist eine solche Anmeldung in ihrer Luftsicherheitszone nur für Flugzeuge relevant, die weiter in den US-Luftraum fliegen.

Die chinesische Luftsicherheitszone erstreckt sich auch auf den Luftraum über den Senkaku/Diaoyu-Inseln und überlappt sich mit der japanischen Zone. Die Maßnahme hat daher sofortigen Protest Japans, der USA und Südkoreas zur Folge. Möglicherweise war die Entscheidung Chinas eine Folge der Erweiterung Japans eigener Zone im Frühjahr 2013. Zudem hat Japan gedroht, Drohnen abzuschießen, die in seinen Luftraum eindringen. Anlass war das Einfliegen einer chinesischen Drohne in die japanische Luftverteidigungszone im September 2013 – das erste Mal, dass von einem solches Ereignis berichtet wurde.

Japan ignoriert die chinesische Zone. Japanische Fluggesellschaften, die zunächst bereit waren, die chinesischen Bestimmungen zu befolgen, haben auf Druck der japanischen Regierung die Zusage zurückgenommen. Die USA schlugen einen vorsichtigeren Kurs ein, um das Verhältnis mit Peking nicht mehr als nötig zu belasten. Gleichzeitig mussten sie Japan, mit dem ein Verteidigungsbündnis besteht, entsprechende Rückendeckung geben. Zwei B-52-Bomber wurden daher in die chinesische Luftverteidigungszone entsandt, ohne eine Meldung an China abzugeben. Die Reaktion aus Peking fiel verhalten aus. Es wurde lediglich bekannt gegeben, dass der Flug registriert worden sei.

In China gibt es aber durchaus Kreise, die in einem solchen Fall für schärfere Reaktionen plädieren. Die Zeitung der Volksbefreiungsarmee schrieb, dass die Einrichtung der Zone ohne ernsthafte Verteidigungsabsichten einer „Armsessel-Strategie“ gleichkomme. Die chinesische Führung war aber darauf bedacht, es zu diesem Zeitpunkt und aus diesem Anlass nicht zu

einer Konfrontation mit den USA kommen zu lassen. In den chinesischen Medien wurde die Machtdemonstration der USA mit den B-52 daher auch nicht hochgespielt, um nicht eine Welle nationalistischer Empörung auszulösen.

Zufriedenstellen konnte die US-Regierung die japanischen Verbündeten mit ihrer Haltung nicht. Für Japan besonders problematisch ist der Umstand, dass der Luftraum über den Senkaku/Diaoyu-Inseln, die von Japan kontrolliert werden, zur chinesischen Luftsicherheitszone zählt. Washington wollte sich von Tokio trotzdem nicht zur Forderung nach Aufhebung der Zone hinreißen lassen. Bei einer Ostasienreise, die Vizepräsident Joseph Biden im Dezember 2013 nach Japan, Südkorea und China führte, unterließ er daher eine entsprechende Stellungnahme. Sie hätte auch kaum die erwünschte Wirkung erzielt. Biden beließ es bei der Kritik an der chinesischen Maßnahme. Japan hingegen spricht von einem Verstoß gegen die Freiheit der Luftfahrt und verlangt von China die Aufhebung der Zone. Der Grund für die Kritik des Auslands an der chinesischen Zone ist, dass durch ihre Errichtung die Gefahr eines militärischen Zwischenfalls steigt. China hat bereits Patrouillenflüge in der Zone durchgeführt, nachdem sich dort US-, japanische und südkoreanische Flugzeuge aufgehalten hatten. Nach chinesischen Angaben wurden verschiedene „ausländische“ Militärflugzeuge in der Zone angetroffen und gewarnt. Durch die Überlappung der Zonen besteht das beständige Risiko, dass Flugzeuge der betroffenen Luftstreitkräfte aufeinandertreffen. Verhandlungen über einen „Code of Conduct“ bzw. Regelungen für etwaige Zwischenfälle wollte China bis jetzt nicht aufnehmen. China sieht sich mit der Einrichtung der Zone im Recht und erinnert, dass andere Staaten auch Luftsicherheitszonen errichtet hätten und dass China seine Hoheitsrechte über das von ihm beanspruchte Staatsgebiet gegen Ansprüche seiner Nachbarn schützen müsse.

Japan unter der Regierung von Shinzo Abe tritt nicht weniger selbstbewusst auf und sieht dies angesichts eines immer mehr seine Stärke ausspielenden Chinas auch als nötig. Bei der Gründung eines Nationalen Sicherheitsrates handelten die Rivalen sogar synchron. China und Japan haben Ende 2013 jeweils eine solche Institution ins Leben gerufen – ein Beleg, wie wichtig Sicherheits- und Verteidigungspolitik für beide geworden ist. Die Fäden zur Steuerung dieser Bereiche laufen jetzt hier wie dort bei den Staatsspitzen zusammen. Japan hat im Dezember 2013 erstmals eine Nationale Sicherheitsstrategie vorgestellt und erhöht sein Verteidigungsbudget für die kommenden fünf Jahre um 5%. Mit den zusätzlichen Mitteln sollen moderne Waffen und Geräte angeschafft werden. 28 Kampfflugzeuge F-35, 17 Boeing V-22 Osprey, zwei Zerstörer (mit Aegis-System), Drohnen, U-Boote und amphibische Gefechtsfahrzeuge. Japanische Marine-Infanterie soll die Inseln im Südwesten des Archipels schützen. Ausgerichtet sind die Maßnahmen auf eine Bedrohung durch China, dessen Ambitionen Japan misstraut. Japan argwöhnt, dass China den „Status quo mittels Zwang“ ändern könnte. China wirft Japan das Gleiche vor, nämlich dass Japan den Status quo durch den Kauf dreier Hauptinseln der Senkaku/Diaoyu-Gruppe 2012 geändert habe.

Regierungskritiker in Japan meinen, dass Abe nicht nur an die Verteidigung denkt, sondern Japan zu einem Machtfaktor in Ostasien machen möchte. Dieser Verdacht lässt Peking nicht unbeeindruckt und bestätigt China in seinen Rüstungsanstrengungen.

Den USA wiederum ist die gesteigerte Bereitschaft des Verbündeten Japan, zu seiner Verteidigung beizutragen, durchaus recht. Immerhin sind in Japan rund 50.000 US-Soldaten stationiert und das Kommando der 7. Flotte, der größten der U.S. Navy, ist dort beheimatet. Es sind also beträchtliche militärische Mittel der USA in Japan gebunden. Washington weiß um die Bürde des Bündnisses, und China unternimmt das Seine, um den USA den Preis dieses Bündnisses vor Augen zu führen.

Für das chinesische Vorgehen hat sich inzwischen der Begriff „Krautkopf-Strategie“ eingebürgert: Wie bei einem Krautkopf bilden die von China getroffenen Einzelmaßnahmen (den Blättern des Krautkopfes gleich) ein kompaktes Ganzes. Die Bezeichnung wurde von Konteradmiral Zhang Zhaozhong, einem Lehrer an der Nationalen Verteidigungsuniversität,

in einem Interview verwendet. Die Idee dahinter ist, den Handlungsspielraum der Gegenseite möglichst einzuschränken, indem mit ständig neuen Bestimmungen Zugänge zu den umstrittenen Gebieten von der Zustimmung Pekings abhängig gemacht werden.

Konflikte um Hoheitsrechte trägt China auch um das Südchinesische Meer aus, wo die ASEAN-Mitglieder Vietnam und Philippinen Pekings Hauptkontrahenten sind. Malaysia und Brunei sind auch von den chinesischen Gebietsforderungen betroffen und Taiwan als Teil Chinas ist ebenfalls Partei in diesem Konflikt. Peking beansprucht bis zu 90% der Meeresfläche für sich. Das Südchinesische Meer ist von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Rund die Hälfte des Welthandels wird über die dortigen Schifffahrtswege abgewickelt. 10% des weltweit gefangenen Fisches kommen aus seinen Gewässern. Wie im Ostchinesischen Meer gibt es unterseeische Öl- und Gasvorkommen mit großem Potential. Der chinesische Gebietsanspruch wird durch die sogenannte „Neun-Strich-Linie“ definiert – neun Striche, die auf der kartographischen Darstellung des Südchinesischen Meeres das chinesische Hoheitsgebiet bezeichnen. Erstmals tauchte die Karte 1947 auf. Von den USA wird diese Linie nicht als verbindlich angesehen, da sie in dieser Form als nicht mit dem internationalen Recht in Übereinstimmung gesehen wird. Die USA nehmen aber, genau wie in dem Inselstreit im Ostchinesischen Meer, keine Position zu Gunsten der Ansprüche einer Partei ein. Mit der Ablehnung der Neun-Strich-Linie, die 2014 erstmals in dieser Deutlichkeit formuliert wurde, hat sich Washington in diesem Konflikt aber zumindest gegen die aktuelle Argumentationslinie Chinas gewandt. Die Philippinen haben letztes Jahr ein Schiedsverfahren gemäß Internationaler Seerechtskonvention gegen China eingeleitet. China will sich diesem Verfahren nicht unterwerfen. Das könnte China in Erklärungsnotstand bringen, betont Peking doch stets, verantwortungsbewusst und gemäß seiner internationalen Verpflichtungen zu handeln (so Außenminister Wang Yi 2013 vor der UN-Generalversammlung). Umgekehrt sieht die Seerechtskonvention in einem solchen Streitfall diplomatische Verhandlungen vor und Peking vertritt die Position, diesen Lösungsweg bereits zu beschreiten.

Auch im Südchinesischen Meer wuchert der chinesische „Krautkopf“ immer mehr. Zu Jahresbeginn 2014 traten neue fischereirechtliche Bestimmungen der südchinesischen Provinz Hainan in Kraft, die besagen, dass Fischerei in den unter die Verantwortung dieser Provinz fallenden Gewässern der Genehmigung chinesischer Behörden bedürfen. Das kann so verstanden werden, dass die Hälfte des Südchinesischen Meeres darunter fällt. Nun ist die Regelung sehr unbestimmt gehalten, zudem ist die betroffene Meeresfläche riesig und könnte nur unter großem Aufwand auch tatsächlich kontrolliert werden. Somit ist nicht klar, welche Maßnahmen die neue Bestimmung nach sich ziehen wird, aber es steht fest, dass China damit seine Ansprüche auf die Souveränität über weite Teile des Südchinesischen Meeres erneut festgeschrieben hat.

Die gleiche Funktion haben ausgedehnte Fahrten der chinesischen Marine. Im heurigen Februar fuhren chinesische Schiffe durch die Straße von Sunda zwischen Sumatra und Java, um im Indischen Ozean Manöver durchzuführen, und nahmen am Rückweg die Route durch die Straße von Lombok zwischen den indonesischen Inseln Bali und Lombok. Im Vorjahr wurde die „erste Inselkette“, die von den Kurilen, den Inseln Japans, den Ryukyu-Inseln, Taiwan und den nördlichen Inseln der Philippinen gebildet wird, von der chinesischen Marine durchbrochen. Auch die Südspitze Südamerikas, die Magellan-Straße, wurde erstmals passiert. Die chinesische Marine befährt inzwischen sogar die Ausschließliche Wirtschaftszone der USA an der Pazifik-Küste. Peking will damit seinen Anspruch auf die Stellung als Seemacht untermauern.

Japan, das die Vorgangsweise Pekings als Beleg für chinesischen Druck auf die Staaten Südostasiens ansieht, sucht daher engere Kontakte in der Region und ist um gute Beziehungen zur ASEAN bemüht. Nach Pekings Verständnis handelt es sich um den japanischen Versuch, China zu isolieren. Angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung Chinas für die ASEAN sind die Erfolgsaussichten einer solchen Isolationsstrategie als gering zu bewerten. Peking bemüht

sich seinerseits um die ASEAN-Mitglieder. Im Fokus stehen dabei Thailand, Indonesien und Malaysia. Im Oktober 2013 fand in Peking eine Konferenz zu Chinas Nachbarschaftsbeziehungen statt. Die gesamte Führungsspitze, die Mitglieder des Ständigen Komitees des Politbüros, war anwesend. Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping unterstrich die strategische Bedeutung der Nachbarregion für China. Die wirtschaftlichen Beziehungen seien enger als in der Vergangenheit und die Region böte aufgrund ihrer Vitalität große Chancen für China. Das erfordere eine diplomatische Strategie und diplomatische Arbeit. Neben freundschaftlichen politischen Beziehungen und engerer wirtschaftlicher Verknüpfung erwähnte Xi auch Kooperationen im Bereich Sicherheit. Xi's Ziel ist ein „Seiden-Straßen-Gürtel“ um China und eine „Seidenstraße“ zur See.

Premierminister Abe schloss letztes Jahr eine Besuchsreihe in den ASEAN-Staaten ab. Mit der chinesischen Führung hingegen gab es bis jetzt kein offizielles Treffen. Im Dezember 2013 waren die Spitzenrepräsentanten der ASEAN in Tokio, um die 40-jährigen Beziehungen mit Japan zu feiern. Aus diesem Anlass sagte Japan 19,2 Milliarden USD an Unterstützungen zu. Japans Ansinnen, eine „Bedrohung“ durch China im Südchinesischen Meer sowie eine auf die chinesische Luftsicherheitszone gemünzte Forderung nach „Freiheit des Überflugs über der Hohen See“ – eine Formulierung aus der japanischen Nationalen Sicherheitsstrategie – in das Schlussdokument aufzunehmen, wurde auf Betreiben der mit China traditionell eng verbundenen Staaten Laos, Kambodscha und Myanmar von den Konferenzteilnehmern nicht akzeptiert.

Der zunehmende Druck von China lässt die Philippinen stärker den militärischen Schutz der USA suchen. Beide Staaten sind seit 1951 durch einen Vertrag über wechselseitige Verteidigung verbunden. Seit August 2013 wird über eine verstärkte Zusammenarbeit verhandelt. Zentraler Punkt ist die erneute Stationierung von US-Soldaten auf den Philippinen. Eine solche Stationierung fremder Soldaten ist an sich in der philippinischen Verfassung verboten. Die einst vorhandenen US-Stützpunkte mussten nach einer entsprechenden Verfassungsreform 1992 geschlossen werden. Ausweg für dieses Problem wäre eine Ausweitung der Entsendung auf Rotationsbasis, wie sie bereits jetzt stattfindet. Auf diese Weise wäre eine rechtskonforme Lösung für eine vermehrte Präsenz von Schiffen, Flugzeugen und US-Marines erreicht.

Die Einrichtung der ersten chinesischen Luftverteidigungszone hat die Frage aufgeworfen, ob eine solche auch über dem Südchinesischen Meer geplant ist. Eine japanische Zeitung brachte eine diesbezügliche Meldung. Die chinesische Botschafterin auf den Philippinen wollte das nicht ausschließen, US-Außenminister John Kerry hat bereits vor einem solchen Schritt gewarnt. Vom chinesischen Außenministerium kam eine Verneinung solcher Pläne – die ASEAN-Staaten würden die Sicherheit des chinesischen Luftraumes nicht gefährden. Rechtsgerichtete Kräfte in Japan würden falsche Behauptungen verbreiten, um von japanischen Plänen abzulenken.

Insgesamt ist das Misstrauen gegenüber China in Washington derzeit hoch. Danny Russel, Assistant Secretary of State for East Asia, machte China für „Ungewissheit, Unsicherheit und Instabilität“ in der Region verantwortlich. Evan Medeiros, der im Nationalen Sicherheitsrat für Asien zuständig ist, warnte, dass eine solche Zone im Südchinesischen Meer als „provokante und destabilisierende Entwicklung“ gewertet würde, die zu Änderungen bei der US-Truppenpräsenz führen würde. Die erste große Fahrt des chinesischen Flugzeugträgers Liaoning Ende 2013 führte dann auch durch das Südchinesische Meer und nicht durch das Ostchinesische Meer, vermutlich, weil Peking den Streit mit Japan nicht weiter anfachen wollte. Im Zuge dieses Unternehmens kam es zu einem Zwischenfall mit dem Raketenkreuzer USS Cowpens. Ein Begleitschiff der Liaoning und das US-Schiff fuhren auf Kollisionskurs, ein Zusammenstoß konnte verhindert werden. Auffallend waren die Bemühungen auf beiden Seiten, den Vorfall im Nachhinein herunterzuspielen. Offensichtlich wollten weder Peking noch Washington Anlass für eine tiefere Verstimmung liefern.

Der Grund für die internationale Besorgnis wegen Errichtung der Luftverteidigungszone ist die Befürchtung, dass durch die Kontroll- bzw. Durchflüge es auf die eine oder andere Art zu einem Zwischenfall mit potentiell bedrohlichen Folgen kommen könnte. Zumindest in dieser Hinsicht konnte vorerst Entwarnung gegeben werden. Der Kommandant des US Pacific Command, Admiral Samuel Locklear, attestierte der chinesischen Luftwaffe professionelles Verhalten. Aus seiner Sicht hat sich das operative Verhalten der Chinesen nicht geändert. Welch weitgehende Dimension den Territorialkonflikten der Staaten Ost- und Südasiens zugemessen wird, wird in den wiederholten Anleihen an die Geschichte deutlich. Der philippinische Präsident Benigno Aquino verglich die Situation seines Landes mit jener der Tschechoslowakei am Ende der 1930-er Jahre. Sein Punkt war, dass China mit seinen Gebietsforderungen eine klare Grenze gesteckt werden müsse (die man Hitler 1938 nicht gesetzt hatte). Mit der Konstruktion dieser historischen Parallele rief Aquino zu mehr Unterstützung seines Landes durch andere Staaten auf, damit die Philippinen einem Schicksal wie dem der Tschechoslowakei 1938/39 entgingen. Shinzo Abe wiederum bemühte das Jahr 1914, um einen Vergleich mit den heutigen chinesisch-japanischen Beziehungen herzustellen. Großbritannien und Deutschland seien damals auch wirtschaftlich eng verbunden gewesen – wie gegenwärtig Japan und China –, trotzdem sei der Erste Weltkrieg ausgebrochen. Abe wollte damit seine Ansicht unterstreichen, dass ein Krieg zwischen China und Japan für die chinesische Führung höchst nachteilige Folgen haben würde, weil dann der für die Herrschaft der Kommunistischen Partei so wichtige wirtschaftliche Erfolg Chinas nicht mehr gewährleistet wäre.

Japan steht wegen des Verhältnisses zu seiner imperialistischen Vergangenheit selbst in der Kritik. Als Beleg für eine vergangenheitsorientierte Politik, die sich an den seinerzeitigen imperialistischen Bestrebungen anlehnt, werden die Besuche japanischer Politiker beim Yasukuni-Schrein verstanden. In dem Schrein, errichtet 1869, wird der japanischen Kriegstoten gedacht, darunter auch verurteilter Kriegsverbrecher; ein Umstand, der in China und Südkorea auf harsche Kritik stößt. Der Besuch des Schreins durch Premierminister Abe im Dezember 2013 stellte im Kontext der geschilderten Ereignisse in den Augen Pekings eine Provokation dar. Chinas Außenminister zog den Vergleich zu einer hypothetischen Kranzniederlegung für Nationalsozialisten durch europäische Politiker.

In Washington stieß der Besuch ebenfalls auf Unverständnis. Hier ist zu berücksichtigen, dass aus Sicht der USA die Problematik der gesamten Situation in Ostasien nicht nur aus dem selbstbewussten Auftreten Chinas besteht, sondern auch aus den Spannungen zwischen den beiden US-Verbündeten Japan und Südkorea. Beide Staaten einen zwar die Bedenken wegen des Aufstiegs Chinas, sie sind aber, ähnlich wie im Fall China – Japan, wegen der japanischen Herrschaft über Korea atmosphärisch gespalten. Dies betrifft nicht nur die Politiker. So wurden bei einem Fußballspiel zwischen Mannschaften aus Südkorea und Japan im Sommer 2013 Banner gezeigt, auf denen sich Bezüge zur konfliktbehafteten Geschichte fanden. Mit der Errichtung einer Gedenkstätte für einen koreanischen Freiheitskämpfer gegen die Japaner im Jänner 2014 hat Peking die Missstimmung gegen Japan für sich genutzt. Wirtschaftlich ist China sowieso der wichtigste Handelspartner Südkoreas.

Angesichts des neuen Konflikts mit China kam Abe's Besuch im Schrein für Washington zu einem denkbar ungelegenen Zeitpunkt. Das Ziel der USA ist, dass ihre beiden Verbündeten möglichst harmonisieren und mit ihnen eine geeinte Front gegen China bilden. Stattdessen herrscht Eiszeit. Abe und die südkoreanische Präsidentin Park Geun-hye haben seit deren Amtsantritt im Februar 2013 noch kein offizielles Treffen abgehalten. Das hängt auch damit zusammen, dass beide über eine konservative Anhängerschaft verfügen, die sie nicht durch den Anschein von Nachgiebigkeit verprellen wollen. Eine Initiative von Park zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Südkorea, Japan und China betrifft ebenfalls die gemeinsame Geschichte. Sie schlug vor, eine Kommission für die Erarbeitung von gemeinsamem Lehrmaterial für den Schulunterricht zu bilden und nahm sich hierbei

Frankreich, Deutschland und Polen als Vorbilder. Dieses Projekt soll Teil einer Initiative für Verständigung in Nordostasien sein. Ansätze dafür gab es bereits in der Vergangenheit, diese blieben allerdings im Verlauf der Arbeiten stecken.

Eine Beruhigung der Territorialkonflikte ist fraglich, eine Beilegung außer Reichweite. China hat mit der Luftverteidigungszone den Druck erhöht, Japans Regierungschef Shinzo Abe wird diesem nicht nachgeben. Er und Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping sind beide davon überzeugt, dass ihren Ländern international die gebührende Geltung geschuldet wird. China wird weiter nach einer beherrschenden Stellung im Ost- und Südchinesischen Meer streben. Japan, gemeinsam mit den USA, besetzt eine starke Gegenposition. Gestiegen ist das Risiko, dass ein ungewollter militärischer Zwischenfall die Lage zur Eskalation bringen könnte. Für Peking ist dieses Spiel riskant. In ganz Asien beobachten die Staatskanzleien mit Misstrauen Chinas außenpolitische Schritte gegenüber seinen Nachbarn. Tritt China zu dominant auf, bringt es die benachbarten Staaten gegen sich auf und lässt die Selbstdarstellung vom „friedlichen Aufstieg“, der anderen zum Vorteil gereiche, unglaubwürdig erscheinen. China würde damit eine Frontstellung der anderen asiatischen Staaten gegen sich bewirken, anstatt Partner für die Durchsetzung seiner Interessen zu gewinnen. Gerade im Fall Japan wäre dies für Peking nachteilig. Die US-japanische Allianz würde gestärkt werden bzw. Japan weiter aufrüsten – Nuklearwaffen nicht ausgeschlossen. Den USA sind gleichfalls Grenzen gesetzt, sie können gegenüber China nur beschränkt Druck aufbauen. Washington benötigt China, das ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates ist, auch als Partner. Das gilt vor allem für den Nuklearstreit mit Nordkorea, wo die Kooperation Chinas unerlässlich ist.

Gerald Brettner-Messler